

## Anmerkungen zu meinem Beitrag: „Der kategorische Imperativ: die gegenwärtige Welt muss sich verändern!“<sup>1</sup>

Horst Grienig

Auf unserer letzten Veranstaltung vor nunmehr über einem Jahr stellte ich in meinem Beitrag: „Der kategorische Imperativ: die gegenwärtige Welt muss sich verändern!“ die provokatorische Frage: „Wer kann heute mit Gewissheit sagen, dass die Implosion eines Staatensystems ähnlich der des Staatssozialismus in der neueren Geschichte eine Einmaligkeit darstellen wird? Dafür gibt es zu viele Ähnlichkeiten z. B. in der Entwicklung des Staatssozialismus auf der einen und der gegenwärtigen Entwicklung der USA als Hegemonialmacht auf der anderen Seite. Beiden Systemen war gemeinsam das Streben nach globaler Hegemonie, beide Staatengruppen schreckten nicht davor zurück, ihre ideologischen und machtpolitischen Positionen auch durch militärische Interventionen gegenüber anderen Staaten und Völkern durchsetzen zu wollen, beide Systeme waren gekennzeichnet durch rigorose Überrüstung in einem Umfang, die die ökonomischen Ressourcen ihrer Länder bei weitem überschritten und die Ökonomie dadurch außer Tritt geriet. Während die Sowjetunion dieses Wettrüsten ökonomisch nicht verkraften konnte und sang und klanglos von der weltpolitischen Bühne verschwand, setzte die Hegemonialmacht USA diesen Kurs auch nach dem Ende der Systemkonfrontation umso stärker fort und ließ keine Gelegenheit aus, die begangenen Fehler der Vergangenheit potenziert weiter zu verfolgen. Nun liegt es mir fern, zu übersehen, welches unterschiedliche Wirtschaftspotential beide Systeme verkörperten, ganz abgesehen von den Defiziten des Staatssozialismus z. B. auf dem Gebiet der Demokratie. Dennoch gibt es m. E. Anzeichen, die eine Implosion auch der gegenwärtigen Hegemonialmacht zumindest nicht als unmöglich erscheinen lassen, wenn es nicht zu einem grundlegenden Wandel der Politik kommt.“

So weit meine Auslassungen auf unserer Konferenz im vergangenen Jahr. Inzwischen ist sehr viel geschehen und der Titel meines Beitrages ist aktueller denn je. „*Veränderungen*“ sind selbst im US Wahlkampf *der* Slogan geworden, der die Mehrheit der Wähler zu mobilisieren vermochte.

Die republikanische Regierung unter Bush junior verstand es nicht, auf die neue weltpolitische Situation nach dem Ende der Systemkonfrontation angemessen zu reagieren. Statt Orientierung auf friedlichen Wettbewerb setzte die US-Administration weiterhin auf eine aggressive Geopolitik zur Realisierung weltweiter Hegemonie, statt auf zivile Produktion hielten die USA weiter Kurs auf Überrüstung in bislang nicht gekanntem Umfang und auf die Zuspitzung der weltweiten Konfrontation. Luttwak zufolge hatte nach der Systemkonfrontation die Geoökonomie die Geopolitik aufgrund der neuen Bedingungen abgelöst.<sup>2</sup> Den USA gelang es durch ihre Hegemoniebestrebungen nicht, diesen globalen Wandel in ihrer Strategie durchzusetzen. „Die USA, der wirtschaftlich geschwächte Sieger des Kalten Krieges, musste nun seine wirtschaftliche Schwäche gegenüber seinen militärischen Verbündeten, die jetzt zu seinen wirtschaftlichen Rivalen wurden, beheben. Die westlichen Industrienationen wurden dadurch schlagartig aus der vertrauten militärisch-politisch-territorial bestimmten Welt in eine Welt versetzt, in der Finanzstärke, technischer Einfallsreichtum und Handelsgeschick wichtiger waren als Waffenarsenale, Sparquoten entscheidender als Maßstäbe, Ausbildungslücken gefährlicher als Raketenlücken,

---

<sup>1</sup> Grienig, H., Der kategorische Imperativ: Die gegenwärtige Welt muss sich verändern! In: Berichte des Forschungsinstituts der IWVWW e. V., Nr. 180/181, Juli/August 2008, S. 132-153.

<sup>2</sup> Vgl. Luttwak, Edward: Weltwirtschaftskrieg; Export als Waffe - aus Partnern werden Gegner, Hamburg 1994, S. 36-37. Siehe auch: Die neue Weltordnung (...), ebenda.

wirtschaftliche Konkurrenz verzehrender als das Wettrüsten.“<sup>3</sup> Eine solche Wende gelang den USA nicht.

Inzwischen ist die Krise unabwendbar geworden, trotz Milliarden von den Regierungen bereitgestellter und bereits gezahlter Stützungsgelder wurde die gesamte Weltwirtschaft in den Strudel der von den USA ausgehenden Wirtschaftskrise mitgerissen.

Als wichtigstes bisheriges Fazit bleibt festzuhalten: Der „Casino-Kapitalismus“<sup>4</sup>, oder das Gesellschaftsmodell des Neoliberalismus bricht zusammen und reist immer bedeutendere Teile der globalen Wirtschaft mit in den Strudel des Niederganges. Michael Rösch<sup>5</sup> definierte den Neoliberalismus wie folgt: „Der Neoliberalismus stellt eine ökonomische Theorie oder ein Modell dar, die (das) die Reduzierung des Staates im ökonomischen Bereich zu ihrer höchsten politischen Maxime erhoben. Daneben jedoch ist die politische Herrschaft von relativ geringer Bedeutung, solange diese die Vorgaben erfüllen kann, die die Ökonomen aufstellen. Vielmehr wird oft ein autoritärer Staat bevorzugt, um die nötigen Maßnahmen durchzuführen (siehe Chile nach dem Sturz Allendes - H.G.). Das oberste Ziel ist eine möglichst weitgehende Selbststeuerung der Märkte, die nach der Theorie automatisch zu optimalen Verhältnissen führen müsse. Daher rechtfertigen sich für Neoliberalisten auch enorme soziale Kosten, die bei entsprechenden Umgestaltungen zwangsläufig anfallen.“

Will man die gegenwärtige Krise erklären, zielt das Erklärungsmuster, dass sie durch die ungewöhnliche Profitgier einzelner Manager ausgelöst wurde, zu kurz. Zweifellos ist das Profitstreben ein wichtiger auslösender Faktor, doch dieses Profitstreben ist ein im System gesetzmäßig begründeter Defekt. Deshalb sind Krisenerscheinungen des Kapitalismus keine besondere Einzelercheinung des gegenwärtigen Kapitalismus, denn sie traten in der Vergangenheit in den Ländern der EU und im globalen Maßstab immer wieder in Erscheinung<sup>6</sup>. Die konjunkturellen Erscheinungen wurden auf unserem letzten Symposium 2007 umfassend analysiert. Hervorgehoben werden soll in diesem Zusammenhang der Beitrag von Jörg Roesler zur Abhängigkeit der Herausbildung der EU von der Stabilität bzw. Labilität der Weltkonjunktur in den 70er und 80er Jahren.<sup>7</sup> Erinnerung sei hier auch an eine Reihe von

---

<sup>3</sup> Behrooz Abdolvand, Die neue Weltordnung und die Disparitäten der postindustriellen Weltwirtschaft, 2.1. Die Transformation von industrieller zu postindustrieller Ära, <http://www.diss.fu-berlin.de>, Berlin 2007.

<sup>4</sup> Casino Kapitalismus, In: [www.thur.de/philo/casino.htm](http://www.thur.de/philo/casino.htm).

<sup>5</sup> Rösch, M., Was verstehen wir unter Neoliberalismus? Und Rösch führt weiter aus „Dazu ist es unerlässlich, sich von der in Europa und den USA üblichen Liberalismus Definition als Grundlage einer Erklärung des Neoliberalismus gänzlich zu verabschieden. Die normalerweise verwendete Deutung, daß der Neoliberalismus sich aus dem Liberalismus entwickelt hat, der sowohl wirtschaftliche als auch politische oder gesellschaftliche Aspekte umfaßt, greift in dem hier betrachteten Gebiet nur bedingt. In Lateinamerika beinhaltet der Neoliberalismus in der praktischen Anwendung nur die wirtschaftliche Komponente des Liberalismus. Diese These wird am bekanntesten neoliberalen Projekt in Lateinamerika belegt, dem chilenischen Modell. Hier kam es unter der Leitung der „Chicago Boys“, einer Gruppe von Wirtschaftswissenschaftlern, die vor allem die Ideen Milton Friedmans zu realisieren versuchten, zu massiven Umgestaltungen der chilenischen Wirtschaft. Daneben blieb jedoch das autoritär diktatorische Regime Pinochets bestehen. Es wurden also liberale Grundsätze nur in der Wirtschaftspolitik verwirklicht, eine Liberalisierung der Gesellschaft trotzdem nicht vorgenommen.“

<sup>6</sup> Bereits Karl Marx stellte über die Krise von 1866 fest: „ihr Ausbruch wurde signalisiert durch den Fall einer Londoner Riesenbank, dem der Zusammensturz zahlloser finanzieller Schwindelgesellschaften auf dem Fuß nachfolgte. Einer der großen Londoner Geschäftszweige, welche die Katastrophe traf, war der eiserne Schiffbau. Die Magnaten dieses Geschäfts hatten während der Schwindelzeit nicht nur maßlos überproduziert, sondern zudem enorme Lieferungsverträge übernommen, auf die Spekulation hin, dass die Kreditquelle gleich reichlich fortfließen werde. Jetzt trat eine furchtbare Reaktion ein, die auch in andren Londoner Industrien bis zur Stunde, Ende März 1867, fortdauert.“ In: Karl Marx, Das Kapital, Kritik der Politischen Ökonomie, Bd. 1, Berlin 1957, S. 705.

<sup>7</sup> Roesler, J., Die Abhängigkeit der Herausbildung der Europäischen Union von der Stabilität bzw. Labilität der Weltkonjunktur. Die 70er und 80er Jahre, in: Berichte des Forschungsinstituts der IWW e. V., Nr. 180/181, Juli/August 2008, S. 29 ff. Siehe auch Matthes, H., im gleichen Heft, S. 51 ff.

verheerenden Krisen in Südostasien, an die Krisen 1990 und 1994 in Mexiko oder an die Krise des Finanzsystems Anfang der 70er Jahre. Wie jede Krise begann auch die gegenwärtige mit dem Zusammenbruch bzw. Verfall des Finanzsystems.

Aber allen diesen Krisen war gemeinsam, dass sie in ihren Auswirkungen relativ beschränkt blieben bzw. nur einzelne Regionen oder Länder erfassten. Sie ließen sich, ungeachtet der Auswirkungen dieser Krisen auf die breite Masse der Bevölkerung der davon betroffenen Länder und Regionen, auch in voraussehbarer Zeit durch finanztechnische Maßnahmen wieder beheben. Die gegenwärtige Krise ist damit nicht vergleichbar. *Die gegenwärtige Krise unterscheidet sich von vorangegangenen durch die Wucht, mit der sie erstmals alle Staaten der Welt seit der großen Depression von 1929 erfasst hat. Sie ist in ihren Auswirkungen – und das ist das Besondere – eine globale Krise der gesamten Weltwirtschaft und erfasst auch mit aller Härte und ganz besonders die Hegemonialmacht USA. Analytiker befürchten, dass der Abschwung die große Depression der 30 Jahre des vergangenen Jahrhunderts bei weitem überschreiten könnte, denn nach dem Schwarzen Freitag 1929 konnte der Dollar seinen Wert verteidigen, während heute vom Dollar, der Leitwährung der Weltwirtschaft, die größten Gefahren ausgehen.* Thomas Straubhaar, Leiter des Weltwirtschaftsinstituts und wissenschaftlicher Leiter und Geschäftsführer des Hamburgischen Weltwirtschaftsinstituts (HWWI), beschreibt die Wirkungen der gegenwärtigen Krise wie folgt: „Wie ein Tsunami fegt eine Pleitenwelle über die Finanzmärkte. Die Wall Street, das Herz des Kapitalismus, steht vor dem Infarkt. Wie Bruchbuden werden Investmentbanken mitgerissen. Keine der kapitalistischen Ikonen überlebte die Schockwellen. Noch ist offen, wie weit Nachbeben in den nächsten Monaten weitere Finanzinstitute einstürzen lassen. Mit „Hundertern von Milliarden Dollar“ müssten notleidende Kreditinstitute gestützt werden, um Schlimmeres zu verhindern und „um Wachstum und Wohlstand zu fördern“, warnt US-Finanzminister Henry Paulson.“<sup>8</sup>

Nach dem tatsächlich fast völligen Zusammenbruch des Finanzsystems der USA greift die Rezession nunmehr auch global auf die Realwirtschaft der Länder der Welt über. Das Haushaltsdefizit der USA hat solche Ausmaße erreicht, dass es 70 Prozent der gesamten Wirtschaftsleistungen der US Wirtschaft erreichen könnte.

Von der gegenwärtigen Krise ist die Mehrheit der auf der Welt lebenden 6 Mrd. Menschen – wenn auch im höchst unterschiedlichem Ausmaß – betroffen: die US Amerikaner ebenso wie die West- und Osteuropäer, die Japaner ebenso wie die Inder und Chinesen, die Afrikaner sowieso. Denn Globalisierung setzt auf Engste verflochtene Volkswirtschaften voraus. Das bedingt auch größtmögliche Störanfälligkeit gegenüber Schwankungen der Konjunktur und weltwirtschaftlichen Rezessionen. Doch sind die Konsequenzen auf die einzelnen sozialen Schichten höchst unterschiedlich. Jürgen Habermas erläuterte diesen Aspekt der Krise wie folgt: „Was mich am meisten beunruhigt, ist die himmelschreiende soziale Ungerechtigkeit, die darin besteht, dass die sozialisierten Kosten des Systemversagens die verletzbarsten sozialen Gruppen am härtesten treffen. Nun wird die Masse derer, die ohnehin nicht zu den Globalisierungsgewinnern gehören, für die realwirtschaftlichen Folgen einer vorhersehbaren Funktionsstörung des Finanzsystems noch einmal zur Kasse gebeten. Und dies nicht wie die Aktienbesitzer in Geldwerten, sondern in harten Währungen ihrer alltäglichen Existenz.“ Und er fügt hinzu: „Auch im globalen Maßstab vollzieht sich dieses strafende Schicksal an den ökonomisch schwächsten Ländern. Das ist der politische Skandal. Die bürgerlichen und politischen sowie wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte sind tragendes

---

<sup>8</sup> Thomas Straubhaar, Markt oder Staat, Wer hat versagt? Wirtschaftswoche, wiwo.de vom 09.10.2008.

Element jeder zivilisierten Gesellschaft.“<sup>9</sup> Es ist wichtig an diese Tatsachen zu erinnern, da sich am 10. Dezember 2008 die Verabschiedung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte durch die Generalversammlung der Vereinten Nationen zum 60. Mal jährte.

„Während die Minnesänger des Neoliberalismus“, schreibt Samir Amin<sup>10</sup>, „von der kreativen Seite des Kapitalismus schwärmen, kämpfen in Wirklichkeit drei Viertel der Weltbevölkerung um ihr tägliches Überleben - ohne sicheren Arbeitsplatz, geregeltes Einkommen und soziale Rechte.“<sup>11</sup> Und er fügt an: der globalisierte Kapitalismus schreibe das imperiale Projekt des Kolonialismus fort und zerstöre dadurch die Lebensbedingungen von drei Milliarden „Überflüssigen“ systematisch, ein Prozess der gegenwärtig durch die Finanzkrise enorm beschleunigt wird. Waren Ende der 80er Jahre noch 820 Mio. Menschen vom Hunger bedroht, nahm die Zahl der unter Hunger leidenden seit den 90er Jahren ständig zu und erreichte ohne die Hungerkrise 2008 schon 923 Mio. Menschen und laut International Food Policy Research Institute 998 Mio. Menschen.<sup>12</sup>

Unter diesen Bedingungen nimmt die Gefahr struktureller Unregierbarkeit einer immer größeren Zahl von Staaten zu, in denen durch die Eskalation innerstaatlicher, durch Strukturschwächen und Strukturdefizite hervorgerufener Konfliktpotentiale ein solches Ausmaß annimmt, dass den betroffenen Ländern die Grundlagen der staatlichen Existenz entzogen werden. Die Zahl dieser fragilen Staaten, die Opfer innerer militanter Kräfte und international marodierender Söldnertruppen werden, wird unter der Wirkung der Krisenerscheinungen weiter ungeheuer ansteigen.

Die globale Wucht der Auswirkungen der gegenwärtigen Krise ließ auch die Verfechter der Selbstheilungskräfte des Marktes leisere Töne anschlagen. Der Fundamentalismus der „Selbstheilungskräfte des freien Marktes“, der alles richten wird, ist zwar erschüttert, aber bei weitem nicht überwunden. Der größte Denkschwung der letzten Monate, der international zu beobachten ist, ist die Erkenntnis selbst unter den Mitgliedern herrschender Eliten, dass Märkte Regeln brauchen. Hatten vor wenigen Monaten noch viele „freie Marktwirtschaftler“ - vor allem auch in den Vereinigten Staaten – dies „als eine verpönte Diskussion abgetan, so habe ich in den letzten Wochen sehr viel Zuspruch zu diesem klaren Bekenntnis bekommen“, bemerkt Molterer<sup>13</sup>. Über die Art und Weise und den Umfang der Regulierung gibt es allerdings äußerst unterschiedliche Auffassungen. Einige Theoretiker beginnen sich wieder auf John Maynard Keynes zu orientieren. „Die Menschheit merkt, dass sie auf sich aufpassen muss, besonders da, wo sich Wirkungen zu potenzieren drohen, auf den Finanzmärkten, beim Klima, bei den Wäldern, bei den Ozeanen, bei den Seuchen.“<sup>14</sup> Auf diesen Gebieten verlangt das gesellschaftliche Sein geradezu nach Regularien.

Die Krise ist jedoch gegenwärtig bei weitem komplexer, als dass sie mit Keyneschen Rezepten lösbar erscheint, etwa indem man Konjunkturprogramme auflegt. Die neue Qualität der gegenwärtigen Krise ergibt sich unter anderen aus folgenden Tatsachen: zu ersten, dass sie den Zusammenbruch eines weltweit verbreiteten Modells des gegenwärtigen Kapitalismus einleitet: des Modells des Neoliberalismus. Und zum zweiten, dass sie sich durch ihre Komplexitäten auszeichnet, die sich durch den erreichten Grad der internationalen

<sup>9</sup> Habermas J., Nach dem Bankrott. Der Privatisierungswahn ist an sein Ende gekommen. Nicht der Markt sondern die Politik ist für das Gemeinwohl zuständig, In: Die Zeit, Nr. 46 vom 06.11.2008, S. 53 ff.

<sup>10</sup> Samir Amin, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 49(2004)7 vom 08.07.2004.

<sup>11</sup> Samir Amin, a. a. O.

<sup>12</sup> Siehe im Detail: Welthunger-Index. Herausforderung Hunger 2008, Bonn, Washington D.C., Dublin, Okt. 2008.

<sup>13</sup> Molterer, W., Freie Märkte und ihre Grenzen, in: derStandard.at/Meinungen, vom 28.10.2008.

<sup>14</sup> Die Zeit, Nr. 43, vom 16.10.2008.

Verflechtungen infolge der Globalisierung und durch die Verknüpfung mehrerer Krisen zu einem unlösbar komplexen Knoten ergeben, dessen Bestandteile sind:

- die Finanzkrise, einschließlich der Krise der Weltleitwährung Dollar,
- die weltweite Klimakrise,
- die globale Ernährungskrise,
- die Energiekrise,
- die Krise der weltweiten Rohstoffversorgung überhaupt,
- die sich zuspitzende Krise der Versorgung der wachsenden Weltbevölkerung mit sauberem Wasser,
- die Krise der sozialen Sicherungssysteme,
- die Legitimitätskrise der herrschenden Eliten in der Triade, insbesondere in den USA, aber auch in den Ländern der Dritten Welt, wo sie mit der weiteren Zunahme der Zahl fragiler Staaten verbunden ist.

Es handelt sich um ein in seinen globalen Ausmaßen und Auswirkungen nach dem Zusammenbruch des Modells des Staatssozialismus bislang einmaliges gesellschaftliches Phänomen.

Diese Krisenerscheinungen sind heute so zu einem untrennbaren Komplex verschmolzen, dass es auch unmöglich erscheint, etwa durch die einfache Übernahme der Bankrottmasse des abgewirtschafteten „Casinokapitalismus“ durch die jeweiligen Staaten, das Problem lösen zu wollen. Trotz der Geldentwertung infolge der Finanzkrise ist das weltweite Geldvolumen gegenüber der Realwirtschaft um ein Vielfaches übersättigt, so dass sich im globalen Maßstab eine gigantisch aufgeblähte Finanzmasse im Umlauf befindet. Dieses weltweit vagabundierende Geldkapital, das ständig auf der Suche nach profitablen Anlagemöglichkeiten ist, treibt nicht nur die Aktienkurse periodisch zu unvorhersehbaren Hochs und Tiefs (siehe z. B. die Kursentwicklung der Volkswagenaktie), sondern verschärft auch die oben genannten Krisenerscheinungen (z. B. die Ernährungskrise) in unvorhersehbaren Ausmaßen, da nicht zuletzt die Rohstoffbörsen periodisch vom international vagabundierenden Kapital heimgesucht werden.

Zugleich entzieht die ökonomische Krise der herrschenden Elite mehr und mehr die Grundlage ihrer Legitimität. Prägnanter hätten wir es nicht sehen können als bei den Präsidentenwahlen in den USA, wo die Wähler den die Macht verkörpernden Republikanern und auch z. T. den zum bisherigen Establishment angehörenden Flügel der Demokraten die Gefolgschaft verweigerten.

„Die Finanzkrise hat Sein und Bewusstsein grundlegend erschüttert und den Staat in eine völlig neue, selbst von konservativen Kräften zähneknirschend zugestandene legitimierte Position gebracht“, schreibt Jan Ross. „Das gesamte bisher dominierende politökonomische Gedankengebäude, dem zufolge der Überfluss oben infolge der zunehmenden Kluft zwischen Arm und Reich mit der Zeit nach unten durchsickern werde und die Armen an ihrem Schicksal im wesentlichen selbst schuld seien, ist fundamental erschüttert – und das in den Vereinigten Staaten, dem Land ohne Sozialismus. In Europa darf man sich damit erst recht nicht mehr blicken lassen.“<sup>15</sup> Ungleichheit wird, wie der Soziologe Ulrich Beck feststellt, in erster Linie national wahrgenommen.<sup>16</sup> Indem aber unter der Fahne der Menschenrechte international agiert wird und die westlichen Demokratien die Menschenrechte in die entferntesten Länder tragen, reisen sie die Grenzbefestigungen nieder, mit denen sie die

---

<sup>15</sup> Ross, J., Wertewandel, Von wegen Gerechtigkeit, in: Die Zeit vom 16.10.2008, Nr. 43.

<sup>16</sup> Beck, U., Ungleichheit ohne Grenzen, in: Die Zeit, Nr. 42 vom 09.10.2008.

Migrantenströme abzuwehren versuchen.<sup>17</sup> Folglich wird die gegenwärtige Krise eine Migrationswelle aus den ökonomisch schwachen Ländern in die Länder der Triade auslösen. Um die gegenwärtige Situation zu erklären, ist ein Vergleich mit der Finanzkrise der 70er Jahre angebracht, die zum Zusammenbruch des Bretton Woods Systems führte. Beide Finanzkrisen nahmen in verheerenden Kriegen ihren Ausgangspunkt, in den 70er Jahren der Vietnamkrieges gegenwärtig die weltweiten militärischen Aktionen der USA und ihrer Verbündeten im Irak und in Afghanistan. Der Dollar verliert gegenwärtig peu à peu seine Position, obgleich er weiterhin noch immer Währungsreserve Nummer eins darstellt.<sup>18</sup> Gründe für die Schwäche des Dollars liegen vor allem in der seit Jahren negativen Handels- und Zahlungsbilanz der USA, bedingt nicht zuletzt durch die aggressive Außenpolitik der US-amerikanischen Administration, der bislang beispiellosen Hochrüstung des Landes, der Aufrechterhaltung von zahllosen Militärstützpunkten in fast allen Teilen der Welt, der erwähnten Kriege im Irak und in Afghanistan etc. In ähnlicher Situation nach dem Vietnamkrieg führte das zum Absturz des US-Dollars. William Engdahl erörterte die Lage damals wie folgt: „Der erste richtige dramatische Dollarsturz in der Nachkriegszeit erhitzte noch die Gemüter, da traf sich im Mai 1973 eine Gruppe von 84 Personen der Weltspitze von Finanzen und Politik auf einem abgelegenen Eiland“<sup>19</sup> in Schweden. In Saltsjöbaden beschlossen die dort versammelten Finanzgruppen einen gewaltigen Anschlag auf die Industriegesellschaften und die Gesellschaften der Entwicklungsländer und deren wirtschaftliches Wachstum. „Oberstes Ziel dabei war, die ins Wanken geratene Vormachtstellung der anglo-amerikanischen Finanzgruppen im internationalen Finanzsystem wieder zu festigen und ihnen die Kontrolle über die weltweiten Geldströme zurückzugeben. Zu diesem Zweck griffen sie auf die altbewährte und immer noch scharfe Ölwanne zurück. Ihr Plan war sehr einfach. Ein globales Ölembargo sollte die Ölversorgung weltweit drastisch verknappen. Das würde die Weltölpreise dramatisch steigen lassen. Da die US-amerikanischen Ölgesellschaften den Weltmarkt seit 1945 fest in der Hand hatten, war es üblich geworden, die internationalen Ölrechnungen in Dollar zu fakturieren. Mit dem Ölpreis musste also auch die Nachfrage nach US-Dollar ansteigen“<sup>20</sup>. „Die durch den Ölpreis verursachte steigende Nachfrage nach Dollar nahm den Druck vom Dollar und stützte seinen Wert. Es wurden die Position derer gestärkt, die Dollar drucken und liefern konnten.“<sup>21</sup> Damit gelang es den USA ihre durch die Hegemonialpolitik in Wanken geratene Währung zu stabilisieren, indem sie *die durch den Vietnamkrieg verursachten Kosten erfolgreich externalisierten*, d. h. den Wirtschaften der Weltgemeinschaft (eine Ausnahme bildeten lediglich die Ölländer) aufbürdeten. Die USA nahmen dazu auch das finanzielle Chaos in vielen Teilen der Welt in Kauf, um ihre Hegemonialansprüche durchzusetzen.

Eine vergleichbare Situation war auch gegenwärtig gegeben. Die USA versuchten die Auswirkungen des Preisverfalls des Dollars, verursacht durch ihre aggressive Geopolitik, durch ein Drehen an der Preisschraube für Öl auszugleichen. Hierbei spielten wie in den 70er Jahren die von den USA und Großbritannien beherrschten weltweit agierenden Ölkonzerne eine wichtige Rolle. Allerdings ist die Position der USA gegenwärtig augenscheinlich wesentlich komplizierter als zu Beginn der 70er Jahre, da deren eigene Ölimporte gegenüber den 70er Jahren um ein Mehrfaches angestiegen sind. Zugleich sind auf dem Weltrohölmarkt neue Rivalen auf dem Gebiet des Ölimportes (z. B. Indien und China) als auch des Ölexportes (Russland) aufgetaucht. Und schließlich hat selbst die von den USA dominierte Weltbank

---

<sup>17</sup> Ebenda.

<sup>18</sup> Weltwährung der Zukunft, China entscheidet über das Schicksal des Dollars, in: Spiegel-online, Wirtschaft vom 16.12.2006.

<sup>19</sup> Engdahl, W. Mit der Ölwanne zur Weltmacht, zitiert in: Hartstein, D., Was verheißt uns die Globalisierung, Teil 2, Versuch einer Beschreibung, in: Studien von Zeitfragen, vom 15.05.1997.

<sup>20</sup> Ebenda.

<sup>21</sup> Ebenda.

Schwierigkeiten ihre Monopolposition aufrecht zu erhalten, denn inzwischen verleihen auch China und Indien Geld an Entwicklungsländer, ohne die von der Weltbank fixierten Konditionen anzuwenden.

Fest steht, dass auch die US-Administration unter Präsident Bush junior versuchte, die ökonomischen Verwerfungen im Innern des Landes zu externalisieren. Hiervon wurden weit mehr Volkswirtschaften an den Rand des Ruins gedrängt als in den 70er Jahren und letztlich wurde eine globale ökonomische Krise unabwendbar. Besonders betroffen waren und sind die 50 ärmsten Länder der Welt, die allein 2008 zusätzlich 50 Mrd. Dollar für Ölimporte ausgeben mussten.<sup>22</sup>

Thomas Straubhaar arbeitete in der Wirtschaftswoche vom 09.10.2008 unter dem Titel: „Finanzkrise, Markt oder Staat: Wer hat versagt?“ einige dieser Gesichtspunkte heraus, wenn er schrieb: „Es war die viel zu expansive Geldpolitik in der Amtszeit des wohl fälschlicherweise als herausragend bewerteten Alan Greenspan, die mit niedrigen Zinsen für zu viel Liquidität und damit für die Immobilienblase sorgte. Sie hat die Spekulation auf immer weiter steigende Hauspreise mit billigen Hypothekarkrediten befeuert. Flankiert von der Bush-Administration, die sich in eine teure, schuldenverursachende Kriegsstrategie verlor, entstand die explosive Mischung einer Politik des billigen Geldes und eines Lebens auf Pump. Es war der Staat, der den Massen suggerierte, der Traum vom billigen Eigenheim ohne Eigenkapital sei für alle realisierbar. Es war die Politik, die Freddie Mac und Fannie Mae, die beiden kollabierten staatsnahen Hypothekenbanken, drängte, eigenkapitalschwachen Niedrigverdienern Ramschkredite einzuräumen. So konnte kurzfristig die Wirtschaft stimuliert werden, was innenpolitisch half, die Kosten der Außenpolitik erträglicher zu machen.“ Hier drängt sich allerdings auch die Frage auf, ob sich die Manager der Finanzinstitute mit diesen Praktiken nicht völlig systemgerecht verhielten, indem sie lediglich dem Systemzwang zur Profitmaximierung folgten, da sonst ihre Eignung zur Führung großer Unternehmen in Frage gestellt worden wäre?

Insgesamt muss die Politik der Deregulierung als eine Fehlorientierung begriffen werden, als Grundlage des im Verfall befindlichen neoliberalen Modells, eine Politik, die letztlich die Demokratie einschränkt und zur Beseitigung des Sozialstaats führt.<sup>23</sup> Das setzt *grundlegende strukturelle Reformen voraus, die die neoliberalen Deformationen der Volkswirtschaften beseitigen helfen*. Alleinige Stützungsgelder, die das bisherige Entwicklungsmodell des Neoliberalismus fortschreiben, sind zum Scheitern verurteilt.

In diesem Sinne bedarf es einer Reihe von Entscheidungen und Aktionen, um der gegenwärtigen Krise Herr zu werden, Sehr unterschiedlich sind die von den Regierungen, Parteien und sozialen Gruppen vorgeschlagenen Maßnahmen und ständig werden neue Konzepte zur Krisenbewältigung in die Diskussion gebracht. Ernsthafte Schritte wurden von China eingeleitet. Ein Konjunkturpaket bis 2010 in Höhe von 460 Mrd. Euro wurde aufgelegt, um strukturelle Defizite zu überwinden, die sich vor allem aus dem Wegbrechen von Exportmärkten in die entwickelten Länder, vor allem in die USA, ergeben. Die Wirtschaft soll mit diesem weltweit einzigartigen Konjunkturprogramm stärker auf die Bedürfnisse des Binnenmarktes orientiert werden.<sup>24</sup> Damit leistet China einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung der Weltwirtschaft. In den USA sind die Diskussionen um eine neue

---

<sup>22</sup> Lang, M. Schatten über der Konferenz in Doha, in: ND vom 29/30.11.2008.

<sup>23</sup> Siehe hierzu Lafontaine, O., Deregulierung ist Irrglaube, in: ND vom 26.09.2008.

<sup>24</sup> Sieren, F., Im Notfall gegen Amerika. Mit dem größten Konjunkturpaket aller Zeiten signalisiert China seine neue ökonomische Macht, in: Die Zeit, Nr. 47 vom 13.11.2008, S. 33.

Wirtschaftspolitik noch im vollen Gange und die Länder der EU reagieren höchst unterschiedlich auf die neue Situation.

Auf diese verschiedenen Lösungsansätze der Länder, Parteien und sozialen Gruppen zur Bewältigung der Krise kann hier nicht eingegangen werden. Deshalb sollen nur die u. E. wichtigsten notwendigen Reformen genannt werden.

Aus der *globalen Wirkung der gegenwärtigen Krise* ergeben sich wichtige Konsequenzen. Auf internationaler Ebene sind deshalb Maßnahmen unabdingbar, die die internationalen Regulierungsmechanismen für das Finanzsystem betreffen und notwendige Veränderungen einleiten. Dazu zählen:

- Austrocknung von Steueroasen,
  - Weltwährungssystem den neuen Bedingungen (Kräfteverhältnis) anpassen, hier vor allem Reorganisation von Weltbank und Weltwährungsfonds,
  - Speklatives Kapital austrocknen<sup>25</sup>, den „Casinokapitalismus“ die Grundlagen entziehen. Das betrifft in erster Linie den Handel mit Derivaten, bei denen es sich praktisch um Finanzwetten handelt.<sup>26</sup>
  - Überbewertung des Immobilienmarktes entgegenwirken,
  - Verstärkte Bankenaufsicht und Kontrolle ihrer Tätigkeit auch durch staatliche Beteiligung an ihrem Aktienkapital (Teilverstaatlichung, Nutzung der Eigentumsrechte, um veränderte finanzielle Prioritäten durchzudrücken),
  - Stärkere Ausrichtung der Wirtschaft auf ein binnenmarktorientiertes Wachstum statt lediglich auf die Exportwirtschaft zu orientieren,
  - Weltweite Rohstoffversorgung schrittweise den Einfluss der TNG entziehen (insbesondere die Position der Öl- und Energieriesen einschränken),
  - Besteuerung für Kapitalanlagen international angleichen,
  - Besteuerung des Handels mit nichterneuerbaren Energie- und Rohstoffen zum Nutzen der ärmsten Länder durchführen (es könnte eine Art Entwicklungsfonds für ökonomisch schwächere Staaten geschaffen werden. Das würde den Einfluss der international agierenden Ölkonzerne einschränken, den rückständigen Ländern notwendige Mittel zur Verfügung stellen und zugleich der Klimaerwärmung entgegenwirken),
  - Tobinsteuer einführen, d. h. alle Devisengeschäfte an den Börsen mit einer Abgabe von einem Prozent belegen<sup>27</sup>, um damit nicht nur den spekulativen Devisentransfer einzuschränken, sondern die dadurch erzielten Einnahmen den ärmsten Ländern zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage zur Verfügung zu stellen.
- Alle diese Maßnahmen erfordern eine fundamental neue Weltfinanzordnung.

Aus der *komplexen Natur der gegenwärtigen Krise* ergibt sich, dass Regularien erforderlich sind, die in mehrfacher Hinsicht vor allem zu Gunsten der materiellen Bereiche der

---

<sup>25</sup> „Das betrifft alle Derivate. Sie sind Finanzinstrumente, die keinen eigenständigen Wert besitzen, sondern deren Wert aus einer anderen Sache stammt.“ Im Grunde handelt es sich dabei um (Finanz-)Wetten. Noch im Koalitionsvertrag von 2005 wurde die Einführung solch neuer Finanzderivate ausdrücklich für gut befunden und als notwendige Maßnahme bezeichnet, um international konkurrenzfähig zu bleiben.

<sup>26</sup> Bei Wetten wird kein tatsächlicher Mehrwert geschaffen, was ja das Ziel der Realwirtschaft ist. Es wird nur vorhandenes Vermögen umverteilt. Das Geld wandert vom Verlierer zum Gewinner. Der einzige, der immer einen Schnitt macht, ist der Buchmacher. Geradezu pervers ist, dass bei diesem Glücksspiel erzielte "Renditen" den Unternehmen der Realwirtschaft als Sollrenditen vorgegeben werden. So kommen die berühmt-berüchtigten 25 Prozent plus X zu Stande. Dagegen muss vorgegangen werden. Auf die Selbstheilungskräfte eines Marktes zu hoffen, wo es keinen Markt gibt, sondern Glücksspiel betrieben wird, ist illusorisch. Ebenso wenig hilft es, dieses Glücksspiel zu verstaatlichen. Es muss verboten werden! Siehe: Finanzkrise erschüttert Weltwirtschaft, Am Tropf des Staates, In: Sueddeutsche.de vom 19.09.2008.

<sup>27</sup> Spiegel-Online vom 02.09.2001.



Volkswirtschaften wirken. Hierzu gehören Maßnahmen, die ein Übergreifen der Krise auf die materielle Produktion abschwächen bzw. möglichst weitestgehend verhindern. Solche komplexen strukturorientierten Konjunkturprogramme sollten

- die volkswirtschaftlichen Strukturen verbessern, u. a. den Rohstoffverbrauch an nichtregenerierbaren Ressourcen der Endlichkeit der Lagerstätten und den Erfordernissen der Erhaltung des Klimas anpassen,
- die Wissenschaft und Technik im zivilen Bereich fördern,
- die Rüstungsproduktion und die Herstellung von Destruktivkräften systematisch einschränken,
- staatliche Hilfen für Unternehmen mit staatlicher und demokratischer Einflussnahme verbinden (Teilprivatisierungen).

Die außerordentlichen negativen Auswirkungen der Krise auf die ärmeren Schichten verschiedenster Länder und Regionen erfordert Maßnahmen, die diesen Bevölkerungsteilen besonderen Schutz gewähren. Hierzu gehören:

- Maßnahmen, um wirksam die globale Ernährungsfrage zu bekämpfen,
- gesonderte Hilfsprogramme für schwächste Länder der Peripherie, die immer mehr in die Marginalität abdriften,
- jeglichen Schritten zur Einschränkung der Entwicklungshilfen infolge der Krise entgegenwirken. Vielmehr müssen diese Hilfen erhöhen und an wirksame Sozialprogramme gekoppelt werden,
- gesetzliche Bestimmungen und Maßnahmen, die die sozialen Sicherungssysteme auch in den entwickelten Ländern aufrechterhalten und solche in allen anderen Ländern befördern,
- Auflagen, die eine Unterwerfung von Bereichen der öffentlichen Daseinsfürsorge unter die Profitwirtschaft vereiteln,
- Rekommunalisierung bzw. Verstaatlichung von privatisierten Unternehmen der öffentlichen Daseinsfürsorge,
- Sofortprogramme, die vor allem den Konsum der mittleren und unteren Schichten befördern (Z. B. Mehrwertsteuersenkung bzw. Konsumgutscheine).

Die genannten strukturellen Maßnahmen, um die neoliberalen Deformationen der Volkswirtschaften einzuschränken bzw. zu beseitigen, markieren einen langen und schwierigen Weg, denn die Vertreter des Neoliberalismus halten noch immer die entscheidenden Positionen in den Führungsetagen der einflussreichsten Länder besetzt, andererseits ist eine Bewegung breiter Massen für grundlegende Strukturreformen noch nicht in Sicht.